

»MIG-MAG«

„Integrationspolitik muss immer auch Kulturpolitik sein“

Ein Interview mit dem Migrationsforscher Klaus J. Bade

Der Historiker Professor Dr. Klaus J. Bade ist Vorstand des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück und arbeitet 2000/01 am Wissenschaftskolleg Berlin. Anita Rüffer sprach mit dem gefragten Experten, der den „Rat für Migration“ mitbegründete und 1994 das „Manifest der 60“ initiiert hat: Wissenschaftler prangerten darin die Untätigkeit der damaligen Bundesregierung in der Migrationspolitik an.

→ **MigMag: Was verstehen Sie unter Integration? Kann das die Anpassung an eine „deutsche Leitkultur“ sein?**

Bade: Integration ist ein gesellschaftliches Geschäft auf Gegenseitigkeit, das beide Seiten kulturell verändert, die Einwanderer und die Aufnahmegesellschaft. Integration ist ferner ein langer Kultur- und Sozialprozess, der sich manchmal über Gene-

rationen hinweg erstreckt. Es kann sein, dass die Pioniergeneration sich zwar wirtschaftlich und sozial in das Umfeld eingepasst hat, aber kulturell und mental noch mehr der Herkunftsgesellschaft zuneigt als dem Einwanderungsland. In der zweiten Generation sieht das meistens schon ganz anders aus. Integration ist also manchmal auch ein intergenerativer Kultur- und Sozialprozess. Man muss einen langen Atem haben, um das zu beobachten und zu beurteilen. Alle kurzfristigen Bewertungen bleiben vordergründig. Im Übrigen: Kultur ist kein Zustand, den man etwa programmatisch oder defensiv als „Leitkultur“ festschreiben könnte. Kultur ist vielmehr ein historischer Prozess, in dem jede Zeit ihre eigene Form gewinnt.

→ **Wie kann die Integration von Ausländern staatlich gefördert werden?**

Der Integrationsprozess ist ein Selbstläufer mit handelnden Subjekten, nicht mit Objekten sozialer Fürsorge. Trotzdem muss man die Tatsache ernst nehmen, dass Einwanderer, von hochspezialisierten Spitzenkräften einmal abgesehen, in aller Regel in einer schlechteren Position sind als die einheimische Mehrheit. Sie brauchen oft sprachliche und berufliche Eingliederungshilfen. Integrationspolitik muss deshalb immer auch Kulturpolitik sein, weil Bildungs- und Ausbildungsförderung entscheidend dafür sind, dass Einwanderer die sozialökonomischen Chancen, die angeboten wer-

ist durchgefallen. Es geht mehr um positive Sanktionen, also darum, den Neuzuwanderern deutlich zu machen, dass sie bessere Chancen am Arbeitsmarkt haben, wenn sie das Programm erfolgreich absolvieren.

→ **Können Sie sich erklären, warum einem in Deutschland lebenden Franzosen oder Engländer nicht vorgehalten wird, dass er schlecht deutsch spricht, einem Türken oder Angolaner aber sehr wohl?**

Das hat zu tun mit den in Deutschland noch sehr verbreiteten ethno-kulturellen Vorstellungen. Ausschlaggebend dabei ist, was im anglophonen Sprachraum „visibility“ genannt wird, also Auffälligkeit durch anderes Aussehen. Die trennende Kraft der visibility ist ein Zeichen dafür, dass sich in Deutschland viele an die Kulturvielfalt, die längst



Foto: Uni-Pressstelle Osnabrück

Klaus J. Bade

den, auch tatsächlich nutzen können. Um es bissig zu sagen: Ein ungelerner Einheimischer hat als gelernter Deutscher immer noch bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als ein ungelerner Ausländer.

→ **Lässt sich Integration staatlich verordnen? Wie weit muss sie gehen? Wo sind ihre Grenzen?**

Das muss man mit einem klaren Nein beantworten. Ja insoweit, als allen Einwanderern wie auch allen Zuwanderern, die im Lande leben wollen, abverlangt werden muss, dass sie auf dem Boden unseres Grundgesetzes hier leben und sich einpassen in die Rechtskultur der Republik. Darüber hinaus kann von staatlicher Seite nur Hilfestellung geleistet werden im Rahmen der oben erwähnten Förderungs- und Eingliederungsangebote. Die Integration aber muss von den Einwanderern und der Aufnahmegesellschaft selbst erbracht werden, denn dies ist ein gesellschaftlicher und kultureller Entwicklungsprozess.

→ **Könnte das holländische**

im Lande herrscht, erst bedingt gewöhnt haben. Der früher grüne, seit Oktober 2000 sozialdemokratische deutsche Europaabgeordnete türkischer Herkunft Ceyhun etwa hat mir gerade erzählt, dass er als Europa-Parlamentarier mit Diplomatentpass nach Flugreisen bei der Ankunft in Deutschland oft im Gegensatz zu anderen Fluggästen nicht durchgewunken, sondern zur Passkontrolle gebeten wird – nur weil er etwas anders aussieht. Das gleiche ist mir von dem grünen Bundestagsabgeordneten Cem Özdemir berichtet worden, der ebenfalls türkischer Herkunft und im Gegensatz zu Ceyhun sogar schon in Deutschland aufgewachsen ist. Unnötig zu betonen, dass beide selbstverständlich fließend deutsch sprechen – fließender übrigens als viele andere Deutsche.

INTEGRATION

Buchtipps

Migrationsreport 2000. Fakten – Analysen – Perspektiven. Für den Rat für Migration herausgegeben von Klaus J. Bade und Rainer Münz, Campus Verlag. Frankfurt/M./New York 2000, 280 S., 39,80 DM.

Klaus J. Bade: Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Verlag C.H. Beck. München 2000, 510 Seiten, 59,80 DM.

Modell dabei ein Vorbild für Deutschland sein?

Das niederländische Modell kann ein Vorbild sein. Es ist eine Art Vertrag zwischen dem individuellen Einwanderer und der Kommune. Die Mittel dafür werden vom Staat zur Verfügung gestellt. Es gibt ein genau auf den Einwanderer zugeschnittenes Programm von der Laufzeit etwa eines Jahres, bei dem es um die gezielte Förderung der Fähigkeit zur Selbsthilfe geht. Mit negativen Sanktionen, die zum Beispiel im Bereich der Sozialhilfe sehr wohl möglich sind, ist man vorsichtig, um nicht demotivierend zu wirken. Ich glaube, dass es eine gute Idee wäre, so etwas zu machen. Allerdings haben die Deutschen eine Neigung zu negativen Sanktionen im Sinne des Prüfungswesens. Wer ein festgesetztes Ziel nicht erreicht,

Modell dabei ein Vorbild für Deutschland sein?

Das niederländische Modell kann ein Vorbild sein. Es ist eine Art Vertrag zwischen dem individuellen Einwanderer und der Kommune. Die Mittel dafür werden vom Staat zur Verfügung gestellt. Es gibt ein genau auf den Einwanderer zugeschnittenes Programm von der Laufzeit etwa eines Jahres, bei dem es um die gezielte Förderung der Fähigkeit zur Selbsthilfe geht. Mit negativen Sanktionen, die zum Beispiel im Bereich der Sozialhilfe sehr wohl möglich sind, ist man vorsichtig, um nicht demotivierend zu wirken. Ich glaube, dass es eine gute Idee wäre, so etwas zu machen. Allerdings haben die Deutschen eine Neigung zu negativen Sanktionen im Sinne des Prüfungswesens. Wer ein festgesetztes Ziel nicht erreicht,

ist durchgefallen. Es geht mehr um positive Sanktionen, also darum, den Neuzuwanderern deutlich zu machen, dass sie bessere Chancen am Arbeitsmarkt haben, wenn sie das Programm erfolgreich absolvieren.

→ **Können Sie sich erklären, warum einem in Deutschland lebenden Franzosen oder Engländer nicht vorgehalten wird, dass er schlecht deutsch spricht, einem Türken oder Angolaner aber sehr wohl?**

Das hat zu tun mit den in Deutschland noch sehr verbreiteten ethno-kulturellen Vorstellungen. Ausschlaggebend dabei ist, was im anglophonen Sprachraum „visibility“ genannt wird, also Auffälligkeit durch anderes Aussehen. Die trennende Kraft der visibility ist ein Zeichen dafür, dass sich in Deutschland viele an die Kulturvielfalt, die längst

im Lande herrscht, erst bedingt gewöhnt haben. Der früher grüne, seit Oktober 2000 sozialdemokratische deutsche Europaabgeordnete türkischer Herkunft Ceyhun etwa hat mir gerade erzählt, dass er als Europa-Parlamentarier mit Diplomatenpass nach Flugreisen bei der Ankunft in Deutschland oft im Gegensatz zu anderen Fluggästen nicht durchgewunken, sondern zur Passkontrolle gebeten wird – nur weil er etwas anders aussieht. Das gleiche ist mir von dem grünen Bundestagsabgeordneten Cem Özdemir berichtet worden, der ebenfalls türkischer Herkunft und im Gegensatz zu Ceyhun sogar schon in Deutschland aufgewachsen ist. Unnötig zu betonen, dass beide selbstverständlich fließend deutsch sprechen – fließender übrigens als viele andere Deutsche.